

# Dossier 17

2/2023

**Die Debatte um den Ausstieg  
aus der Kernenergie**

Einst sollte Atom-  
strom Wohlstand  
für alle schaffen  
Seite 4

# Atomkraft? Jein danke.

Was nun auf die  
Energieversorgung  
zukommt  
Seite 8

Nun zählt jedes  
Windrad  
Seite 17

Ein klimapoliti-  
scher Rückschritt  
Seite 19

Die Nukleardebatte  
nützt dem Klima  
nicht  
Seite 23

Widerstand  
badischer Winzer  
Seite 35

Eine Chronik der  
deutschen  
Atompolitik  
Seite 38

Die Debatte über die Atompolitik in Deutschland läuft ungeachtet der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke hitzig weiter. Nach wie vor ist die deutsche Öffentlichkeit in dieser Frage gespalten. Auch in der Frankfurter Allgemeine Zeitung wird die Nutzung der Kernenergie heftig diskutiert. Kommentatoren verschiedener Ressorts der Zeitung und Interviews mit Fachleuten spiegeln eine große Bandbreite an Einschätzungen und Meinungen wider. Einerseits heben Befürworter die Versorgungssicherheit, die Potentiale dieser Technologie, die CO<sub>2</sub>-Bilanz und den Mangel an Alternativen hervor. Andererseits führen Kritiker die politisch ungeklärte Endlagerfrage und eine ganze Liste von Unfällen in kerntechnischen Anlagen an und nennen etwa Fukushima 2011, Tschernobyl 1986 und Three Mile Island 1979.

Es ist Zeit für einen Rückblick in die wechselhafte Geschichte einer Technologie, auf die andernorts mehr denn je gesetzt wird: Mit welchen Sorgen und Hoffnungen begann die Nutzung Kernenergie in Deutschland? Welche Ereignisse und politischen Entscheidungen haben zur Abschaltung im April geführt?

# Inhalt

<b>Editorial</b> .....	<b>S. 3</b>
Ende einer Hoffnung .....	S. 4
Aus für die Atomkraft .....	S. 8
Ein Plan für die Energie der Zukunft .....	S. 15
Der Atomkraft gehört die Zukunft .....	S. 17
Opfergabe an alte grüne Männer .....	S. 19
Starrsinn statt Realitätssinn .....	S. 21
Atomkraft? Nein, danke! .....	S. 23
Atomkraft? Ja, bitte! .....	S. 26
Kernkraft-Renaissance .....	S. 29
Ein bisschen Kernkraft .....	S. 31
„Klimapolitische Geisterfahrt“ .....	S. 32
„Der Atomausstieg ist ein Erfolg“ .....	S. 35
<b>Chronik</b> .....	<b>S. 38</b>
<b>Lesestoff</b> .....	<b>S. 41</b>

# Impressum

**Frankfurter Allgemeine Dossier**  
eMagazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Verantwortlich  
Carsten Knop

Redaktion und Gestaltung  
Birgitta Fella, Hans Peter Trötscher

Projektleitung  
Olivera Kipic (Leiterin Frankfurter Allgemeine Archiv und Rights Management)

Autoren  
Jasper von Altenbockum, Sebastian Balzter, Ralph Bollmann, Helmut Bündler, Hanna Decker, Morten Freidel, Christian Geinitz, Heike Göbel, Jan Hauser, Manfred Lindinger, Joachim Müller-Jung, Marcus Theurer.

Grafiken  
Felix Brocker, Stephen-John Swierczyna

Illustrationen  
adobestock.com

Titelbild  
adobestock.com

Produktion  
F.A.Z.-Research

Anschrift  
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main

Geschäftsführung  
Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Breid

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, 2023. Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für Inhalte des Frankfurter Allgemeine Dossiers unter [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de).  
Kontakt: [nutzungsrechte@faz.de](mailto:nutzungsrechte@faz.de)



# Pro und Contra der Atomenergie



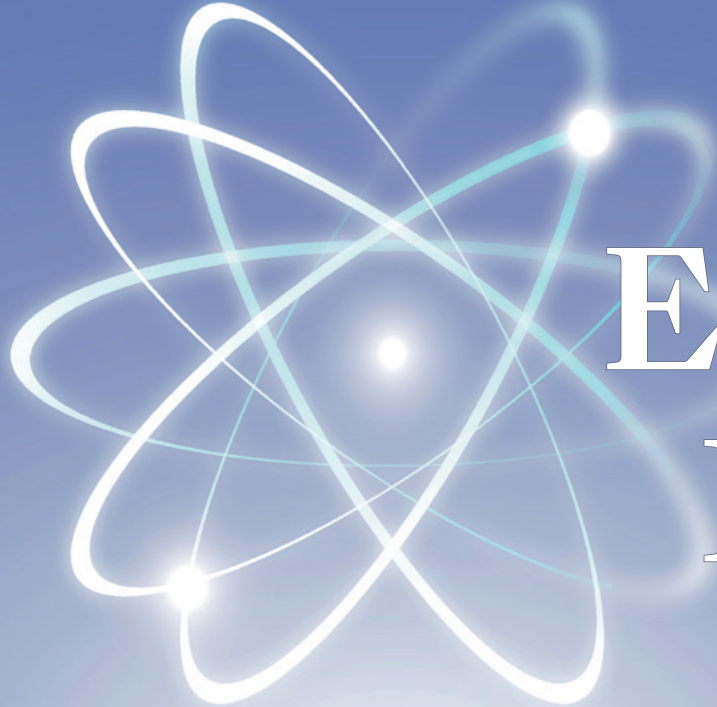
Kaum ein Thema hat im vergangenen halben Jahrhundert in der Bundesrepublik Deutschland die Menschen ähnlich intensiv beschäftigt wie die Kernenergie. Als Hoffnungsträger gestartet, geriet die Kernenergie seit den siebziger Jahren immer stärker in die Kritik. Die Geschichte der Grünen wäre ohne die Anti-Atom-Bewegung, wie sich damals nannte, wohl nicht denkbar. Ihren Befürwortern galt die Kernkraft dagegen als eine zuverlässige Energiequelle in einem Land, das für seine Energieversorgung stark von der Einfuhr fossiler Energieträger abhängig war.

Das Hin und Her in der öffentlichen Diskussion spiegelt sich in einer Unentschlossenheit der Politik. Dem ersten Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung kurz nach der Jahrtausendwende folgte wenige Jahre später, eine Umkehr, die wiederum wenige Jahre später zu einem zweiten Ausstiegsbeschluss einer schwarz-gelben Bundesregierung nach dem Unfall von Fukushima führte. Die Furcht vor einer Energieknappheit veranlasste die gegenwärtige Bundesregierung, die Laufzeit der drei letzten in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke um wenige Monate zu verlängern. Sprach sich über viele Jahre eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die Kernenergie aus, so befürwortete in den vergangenen Monaten eine Mehrheit den Weiterbetrieb bestehender Anlagen.

Im Nachhinein fällt auf, wie typisch deutsch die Debatte über alle die Jahrzehnte gewesen ist: Abgesehen vom Blick auf wenige Unfälle im Ausland interessierte der internationale Umgang mit der Kernenergie wenig. Nach dem Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine fiel plötzlich eine beängstigende Leere strategischen Denkens in der Energieversorgung in Deutschland auf. Ob das Land daraus zu lernen bereit ist, bleibt eine offene Frage.



Gerald Braunberger  
Herausgeber  
Frankfurter Allgemeine Zeitung



# Ende einer Hoffnung

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 09.04.2021

Einst sollte das Atom die Menschheit von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen. Jetzt werden die letzten Kraftwerke in Deutschland abgeschaltet.

*Von Ralph Bollmann*

**Z**u sehen gibt es nicht viel an dem Tag, an dem alles zu Ende geht. Es ist nicht so, dass irgendjemand einfach nur einen großen Knopf betätigt. „Den Knopfdruck gibt es zwar, den wendet man aber nur im Notfall an“, sagt der zuständige Abteilungsleiter im Umweltministerium. Das Ganze sei „ein gesteuerter, sehr komplizierter Prozess“, der unter anderem das Herausziehen der Brennelemente umfasst.

Weitgehend unsichtbar endet also am 15. April 2023 nach rund 60 Jahren in Deutschland die Ära der Elektrizität, die aus der Spaltung des Atoms gewonnen wird. Es war eine Technologie, die wie kaum eine andere übersteigerte Hoffnungen ebenso weckte wie apokalyptische Ängste. Als sie den meisten Strom lieferte, war sie in der Bevölkerung am wenigsten beliebt. Heute, wo die endgültige Abschaltung bevorsteht und Putins hybride Kriegsführung die Risiken größer denn je erscheinen lässt, ruft eine Umfragemehrheit nach längeren Laufzeiten. Einige wollen sogar neue Kraftwerke - ohne freilich zu sagen, ob sie die Meiler auch im eigenen Vorgarten wünschen.

Am Anfang, im fernen Jahr 1955, stand die Gründung eines eigenen Bundesministeriums für Atomfragen, aus dem sich später das Forschungsministerium entwickelte. Als erster Ressortchef amtierte im ehemaligen Hotel Godesberger Hof ein äußerst selbstbewusster Jungpolitiker aus Oberbayern, der gerade 41 Jahre alte Franz Josef Strauß. In seinen Augen war die Atomfrage für den Status der Bundesrepublik zentral. „Wenn wir unseren 10- bis 15-jährigen Rückstand nicht sehr rasch aufholen, werden wir wahrscheinlich darauf verzichten müssen, in Zukunft zu den führenden Nationen gezählt zu werden“, äußerte er damals. Was er weniger laut sagte: Es ging auch um das Aufschließen Bayerns an industrielle Zentren wie das Ruhrgebiet, das über fossile Energie im Überfluss verfügte.

Aus der Perspektive des CSU-Politikers galt das allerdings auch für die militärische Nutzung der Atomtechnik. Mit dem Verzicht auf eine eigene Bombe sei „eine politische und militärische Deklassierung verbunden, die uns auf den Stand eines militärischen Hilfsvolks herabdrückt“, klagte er über die Politik